

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Vorgauert 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Vorzug auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Verkehrs-Anschluss Nr. 24.

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufwärts bis 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Annonceteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umhänge-, Schwere- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Nr. 101.

Dienstag, den 23. November 1926.

29. Jahrg.

Keine Zeitung für elfige Leser

- * Aus ganz Mitteleuropa werden schwere Stürme gemeldet, die vielfach beträchtlichen Schaden anrichten.
- * Im Landestag des Saargebietes haben Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Sozialistische Volkspartei eine gemeinsame Erklärung ab zur Verbeistimmung einer baldigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland.
- * Auf dem Plauer See bei Brandenburg selten ein mit acht Personen besetztes Boot um. Von den ins Wasser gestürzten Seuten ertranken fünf.
- * Ein Ausbruch der Wirtidenämme ist in Albanien ausgedreht, der ansehnend größeren Umfang annimmt.

Außenpolitik im Reichstag.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.
Der Reichstag tritt nach einwöchiger Pause wieder zusammen, um sich vor allem mit der Lage der auswärtigen Politik zu befassen. Wie bei diesen Debatten, die Reichsausschussminister Dr. Stresemann durch ein längeres Referat einleitet, wird auch die Frage der Militärkontrollen, die in der letzten Zeit die politische Öffentlichkeit aller Länder außerordentlich interessiert hat, eine hervorragende Rolle spielen. Als Auftakt zu diesen außenpolitischen Beratungen des Reichstages kann eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gelten, die am Montag abend im Reichstag statt. Ein Vortrag des Ausschussberaters war der Frage der Beziehungen des Reiches und Preussens zu dem in Berlin erscheinenden Blatt Deutsche Allgemeine Zeitung gewidmet, die bekanntlich bis zu ihrem Anlauf durch Stinnes häufig als Sprachrohr der deutschen Regierung benutzt wurde. Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist dann nach dem Zusammenbruch des Stinneskonglomerats ein Fortschritt verfaßt worden, während die Direktion des Blattes von R. Neuen erborben worden ist. In der Öffentlichkeit sind nun in letzter Zeit Nachrichten darüber aufgetaucht, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung aus öffentlichen Mitteln Unterstüßungen bekommen haben soll. Die Beziehungen der D.A.Z. zu Reich und Preußen sind aber vollständig in der D.A.Z. selbst, daß ein Verstoß gegen die hier von zunächst kein klares Bild machen kann, so daß die Erklärungen des Reichsausschussministers Dr. Stresemann zu dieser immerhin bemerkenswerten politischen Angelegenheit klären würden können.

Die Reichsregierung im Besitz der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Vor der Auswärtigen Ausschuss des Reichstages in der Tagesordnung eintrat, gab Reichsausschussminister Dr. Stresemann folgende Erklärung ab:
In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über die Beziehungen der Reichsregierung zur Deutschen Allgemeinen Zeitung verbreitet worden, die in ihren Einzelheiten nicht richtig sind. Im Einkommen mit dem Reichsausschuss stellt ich darüber folgendes fest: Von dem genannten Verlagsunternehmen der Deutschen Allgemeinen Zeitung, das seinerzeit von der deutschen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April d. J. die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Rechte der Anteile nicht im Privatbesitz sind. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus dem Dispositionsfonds des Reichsausschusses und des Reichsausschussministers gedeckt, die eintreffenden Beiträge zur Verfügung des Reichsausschusses und des Reichsausschussministers stehen. Zwischen dem früheren und dem jetzigen Besitzer sind Verhandlungen über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen.

Wege zum sozialen Volksstaat.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.
Der Gewerkschaftsring der Christlichen Gewerkschaften hatte den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu einem Vortrag über „Wege zum sozialen Volksstaat“ eingeladen. Der Minister ging in seinem Referat zunächst auf die Entwicklung des christlichen Gewerkschaftswesens in den letzten Jahrzehnten und auf die Entwicklung des sozialen Rechts in der Arbeitergesetzgebung ein. Der wichtigste Bestandteil des sozialen Rechts sei die Anerkennung der Persönlichkeit des Arbeiters. Dieses Recht verlange die Mitwirkung der Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsbedingungen und bei der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung. Die Gewerkschaften seien heute das Fundament der ganzen Arbeiterbewegung. Ein wichtiger Fortschritt auf sozialrechtlichem Gebiete sei der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes, der jetzt dem Sozialausschuss des Reichstages vorliegt.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte weiter aus, daß eine Erscheinung wie der große englische Beraar-

betterzeit, an dem die englische Wirtschaft während eines halben Jahres allmählich verblüht, in Deutschland nicht möglich gewesen sei. Dennoch habe es auch bei uns nicht an bedauerlichen Folgen der Wirtschaftskrise gefehlt. Im Jahre 1923 seien 54 Millionen verlorenen Arbeitswege, 1924 deren 29 Millionen und 1925 immer noch 16 Millionen zu verzeichnen gewesen. Man habe es der Reichsregierung zum Vorwurf gemacht, daß sie ungeheure Mittel zur baldigen Wiederherstellung der verlorenen Handelsflotte beigesteuert habe. Aber die letzten Jahre hätten gezeigt, daß die Handelsflotte unbedingt notwendig sei, um dem Handel den Weg ins Ausland wieder zu bahnen. Wenn man die Fortschritte in der sozialen Fürsorge nach dem Kriege objektiv mit denen der Vorkriegszeit vergleiche, müsse man anerkennen, daß niemals mehr für die Einigung des Volkes und für die Sicherung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerlichen getan worden sei, als in den letzten drei Jahren. Das Arbeiterrecht werde schon in den nächsten Wochen im Plenum des Reichstages verabschiedet werden. Für die Erwerbslosenfürsorge würden monatlich 60 Millionen ausgeteilt.

Ministerzusammenkunft in Genf.

Kompromiß in der Entlassungsfrage?
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, es werde jetzt in diplomatischen Kreisen allgemein zugegeben, daß die internationalen Kontrollkommission am 6. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Völkerrundrates, aus Deutschland noch nicht zurückgezogen sein wird. Unter anderem, weil Berlin bis dahin die von Frankreich in der Entlassungsfrage gestellten detaillierten Forderungen gar nicht erfüllt haben könnte. Doch verhalte sich Dr. Stresemann am 5. Dezember in Genf mit Chamberlain und Briand zusammenzutreffen werde. Was die voraussichtlich schwierigen und langwierigen Verhandlungen über die Aufgaben der neu zu schaffenden Völkerrundratskontrollkommission betreffe, so werde in britischen Kreisen erklärt, daß die britische Regierung niemals die Erklärung angenommen habe, jedwede britische Konsultationsorgane in der entmilitarisierten Rheinabzweige seit nur gelegentlicher Untersuchungen eingekipft werden sollen. Die britische und die schwedische Delegation seien 1924 entschieden gegen einen solchen Gedanken gewesen und es bestehe kein Anlaß, anzunehmen, daß Holland als Nachfolger Schwedens eine andere Haltung einnehmen werde.
Der diplomatische Korrespondent des „Dahlemer“ betont, daß die britische Diplomatie bemüht sei, in der Entlassungsfrage alle Vorkehrungen über die Gleichberechtigung Deutschlands aufzuhalten. Es sei jedoch schwierig, Frankreich zu überreden, in dieser Hinsicht vorwärts und nicht rückwärts zu gehen. Die französischen Diplomaten seien geneigt, zu antworten, daß Frankreich am besten wisse, was es für seine Sicherheit brauche. Frankreich habe einen Plan entworfen, der einen Unterschied zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland zu machen und dem Rheinlande ein besonderes Überwachungsregime aufzuerlegen lübe. Deutschland sei gegen diesen Vorschlag, weil er eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle. Es bestehe jedoch die Hoffnung, daß Chamberlain ein Kompromiß vorschlagen werde, das die französischen Forderungen befreit und Deutschland Berechtigkeiten verschaffen lassen werde. Wahrscheinlich würde auf der Dezembertagung des Völkerrundrates nicht mehr erreicht werden, als ein Gedankenaustausch in dieser Frage.

Die sozialistische Rheinlandkonferenz in Burenburg löste eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Annäherung, die für Festigung des Friedens unerlässlich sei, schließt notwendigerweise das Ende der militärischen Befestigung deutschen Bodens ein“

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Saargebiet, Deutschland und Frankreich.
Zu Beginn der vierten Sitzungsperiode des Landestages von Saarbrücken gab im Namen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Deutschen Sozialistischen Volkspartei Abgeordneter Leveder (Zentrum) folgende Erklärung ab: Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deut-

lichen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befriedung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängen, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endgültig beseitigt werden; einer der wesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landestag als die gewählte Vertretung des Saarvolkes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werden.

Parteilösung der kommunistischen Opposition.
In Göttingen hat die erste Reichskonferenz des „Spartakusbundes“ stattgefunden, in dem sich die aus der kommunistischen Partei Deutschlands ausgegliederten Kommunisten mit der Allgemeinen Arbeiterunion zusammengeschlossen haben. Nach den Referaten des Reichslandsabgeordneten Jwan Kow und Franz Wemersch wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die bestehenden alten proletarischen Massenorganisationen als untauglich für den proletarischen Klassenkampf bezeichnet werden. In der Debatte wurde die A. P. D. als eine russische Fremdenlegion bezeichnet.
Internationaler Zusammenhalt der Arbeiterbewegung.

Die unter französischem Vorsitz stehende Internationale Arbeiterbewegungskommission hat sich mit dem Programm des 13. Internationalen Kongresses der Arbeiterbewegung befaßt, der Anfang Mai 1927 in Rom zusammenzutreten soll. Wie die Arbeiterbewegungskommission mitteilt, ist über die Beteiligung Deutschlands an den Arbeiten des Kongresses und der Konferenz noch keine Entscheidung getroffen. Seit langem bemühen sich zwar eine Reihe von ausländischen Stellen darum, die Mitwirkung Deutschlands als des wichtigsten Agrarlandes des Kontinents zu sichern, aber bis zum Ausgleich ist die Frage noch völlig in der Schwebe. Es hängt auch von der Erfüllung einiger grundsätzlicher Voraussetzungen ab, ob Deutschland überhaupt teilnehmen wird und in welcher Art die Vertretung sich durchführen läßt.
Der Reichsarbeitsminister gegen Überstunden.

Das Reichsarbeitsministerium hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, wegen der großen Arbeitslosigkeit die Überstundenarbeit nach Möglichkeit einzuschränken. Dies soll einmal für die mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zusammenhängende Arbeit, für Regiarbeiten und alle sonstigen Angelegenheiten von Arbeitern durch öffentliche Stellen. Richter aber ist, daß die Landesregierungen gebeten werden, auch allgemein die Gewerbe- und Bergbauaufsichtsbeamten anzuweisen, bei der Vermittlung von Arbeitszeiterweiterungen mit äußerster Vorsicht vorzugehen und dabei die gegenwärtig ungünstige Lage des Arbeitsmarktes mit zu berücksichtigen.

Aus In- und Ausland.

Belgrad. Nach einer Meldung der „Treme“ aus Estuari haben vier nordbalkanische Stämme einen Vertrag auf Zetana abgeschlossen, um die Regierung zu stützen. Der Anschlag weiterer Stämme wird erwartet.

Wien. Die „Tribüne“ aus Kongresskreisen hört, wird dort fast bezweifelt, daß der Plan des Schabanes, ein „Anschluß“ für die Wirtschaftproduktion und den Wirtschaftskreislauf zu schaffen, Annahme finden konnte. Der Plan werde auf eine scharfe Gegenrichtung zeigen.

Erkrankung des ehemaligen Kaisers.

Widersprechende Gerüchte.
Wie eine amerikanische Nachrichtenagentur zu melden weiß, ist der frühere Kaiser in Doorn seit einigen Tagen bestillig, nachdem er am Freitag bei einem Spaziergang von einem Unwohlsein befallen worden war. Obwohl von der Umgebung des Kaisers erklärt wird, daß es sich nur um eine unbedeutende Indisposition handle, erhält sich hartnäckig ein Gerücht, daß die Erkrankung ernstere Natur sei.
Von der Generalvertretung des ehemaligen Königshauses in Berlin wird demgegenüber mitgeteilt, daß ihr einer ernsthaften Erkrankung des Kaisers nicht das mindeste bekannt sei. Der Kaiser verführe seit einigen Tagen lediglich leichte rheumatische Beschwerden, die aber sein Allgemeinbefinden nicht beeinträchtigen würden.



Männer-Gesang-Verein.
Sonnabend, den 7. Dezember:
Gesangs-Konzert.

Männer-Turn-Verein v. 1881.

Am Sonnabend, den 27. November
begeht unsere Frauen- und Mädchen-Abteilung in Saale
„Zum Goldenen Ring“ ihr

Stiftungsfest.

Hierzu laden wir die geehrte Einwohnerschaft, besonders aber alle
Frauen und Mädchen, freundlichst ein. Ein vorzügliches, prächtiges
Programm des Frauenturnens erwartet alle.

**Rhythmische Übungen, Kumpf- und Rückenübungen,
Aunstreichübungen, gutgewählte Tänze und Geräteturnen**
wechseln miteinander ab.

Hierzu: **Konzert der Hohr'schen Kapelle.**

Niemand veräume diesen hochinteressanten Abend, an dem bewiesen
werden soll, daß wir ausländische Gymnastiksysteme nicht nötig haben,
da uns die Deutsche Turnerschaft mit ihren schätzbaren Helfern des
Frauenturnens alles bietet, um Gesundheit und Kraft, Anmut und
Schönheit des weiblichen Körpers auf sittlicher Grundlage zu fördern.
Beginn pünktl. 8 1/4 Uhr. Eintritt einfl. Programm 75 Pf.

Nachdem: **Tanzkränzchen.**

Rauchen während der Vorführungen höfl. verboten.
Der Vorstand.

Von Mittwoch, den 24. bis Sonntag, den 28. Novbr. 1926,
in Wittenberg, in Mutz's Festsälen, Lutherstr. 41/42

Ausstellung

unserer rühmlichst bekannten

Flügel, Pianos u. elektrische Pianos.

Auf Wunsch in Monatsraten ohne Anzahlung.

Eintritt frei. Den ganzen Tag geöffnet. Eintritt frei.

Im Wintergarten

Große Ausstellung in Sprechapparaten

vom einfachsten bis besten Schrantapparat. Ständige Vorführung.

Flügel- und Pianofortefabrik Riendorf U.G.

Generalvertretung: Musikhaus Horn, Wittenberg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“
oder „Pipi, die hellere Post“ gratis

Preis 1/2 Pfd. nur 50 Pf.



Rama
butterfein
muss es sein!

MARGARINE

Ein **Arbeitspferd**
(hellbraune Stute)
steht zum Verkauf
Purzien Nr. 14a.

Knoblauch
empfiehlt
J. G. Hollmigs Sohn.

Streu stroh
verkauft
Gertrudshof.

Neues Sauerkohl
wieder eingetroffen bei
J. G. Frischke.

Junge Hunde
hat abzugeben
Gertrudshof.

la. Sauerkraut und saure Gucken
empfiehlt
J. G. Hollmigs Sohn.

Sämtliche **Maggi-Erzeugnisse**
mit Suppenwürfel, Fleisch-
brühwürfel, Würste (soll und
in Flaschen, Suppen-Würste,
sowie Saferlocken und
Saferehmehl usw., desgl.
frische Eier
empfiehlt
H. Scheibner, Markt 19

Reismehl
wieder frisch eingetroffen bei
J. G. Frischke.

Bürger-Schützen-Verein.
Donnerstag, 25. Novbr.
abends 8 Uhr
bei Kam. Kleinjörg
Monats-Versammlung
für November Dezember.
Der Vorstand.

Schrankpapier,
gemüfter, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Polizeiliche An- und Abmeldefreine
und vorrätig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.

Statt Karten.
Für die vielen Glückwünsche, Geschenke
und Blumenpenden anlässlich unserer Ver-
mählung sagen wir, auch im Namen unserer
Eltern herzlichsten Dank.
Walter Starkloff u. Frau
Emma geb. Hamann.
Annaburg, d. 23. November 1926.

Was die Mode

f. Herbst u. Winter

Damenkleiderstoffe
in Sammet, Seide, Wolle, Halbwole
Baumwole

Herrenstoffe
für Anzüge, Paletots, Mäntel, Joppen
und Hosens

bringt,

Damen- u. Mädchenkonfektion
Röcke, Mäntel, Kostime,

in bewährten,

Herren- u. Knabenkonfektion
Anzüge, Paletots, Mäntel, Joppen,
Gummi-Mäntel,

zu denkbar

Kurz- und Wollwaren
Sportjacken, Pullovers, Sweater, Schals
Bleigle's Anzüge u. Sweater,
Hüte, Mützen, Kravatten
Handschuhe :: Schirme

bei:

Carl Quehl.

Leinen- und Baumwollwaren
Inlets, Bettzeuge, weiß und bunt
Bardente für Kleider, Röcke, Hemden usm.
Hemdentücher, Handtücher, Leinen

Wäsche
Leibwäsche für Damen, Herren u. Kinder
Bett- und Tischwäsche, Handtücher
Wischtücher

finden Sie

Kleider, Blusen, Jacken
für jede Figur passend

erstklassigen Qualitäten

Hosen, Windjacken, Loden- und
Berufskleidung

Maßanfertigung

billigsten Preisen

Bettfedern, Daun
fertige Betten, Steppdecken
Gardinen, Tisch-, Sofa-, Divandeecken
Linoleum, Wachstuche
Handarbeiten.

Heute Grüne Heringe.
J. G. Fritzsche.

Der geehrten Einwohnerschaft von Anna-
burg und Umgegend hierdurch zur gefl. Kennt-
nis, daß ich Markt Nr. 10, eine

Damen- u. Herren-Mahlschneiderei
eröffnet habe. Werde bestrebt sein, die mich Be-
ehrenden in jeder Weise zufrieden zu stellen.
Stets Eingang in modernen Stoffen und Moden.
Hochachtungsvoll

Karl Gräfe.

Freitag, d. 26. Nov., abends 8 Uhr
im Saale des „Bürgergarten“

öffentl. Vortrag mit Lichtbildern.

Herr **Dr. med. Kleinschmidt:**
Was sagt die moderne Naturwissenschaft zu der Frage:
Gibt es einen Gott?

Ein Beitrag zu den Unkosten wird von den Be-
suchern erbeten. **Das evang. Pfarramt.**

Annaburg - Hotel „Waldfloßhagen“

Sonnabend den 27. November 1926
Nur 1 Tag abends 8 Uhr Nur 1 Tag
Gastspiel des Operetten-,
Schauspiel-, Märchen- u. Lustspiel-Ensembles der

Liliputaner.

23 Mitglieder Dir.: Scheuer Jen. 23 Mitglieder
Die kleinsten Menschen der Welt.
15 Bühnenkünstler. - Ernst und Humor.

Großes Theater erstklassiger Künstlerlicher Vorbildungen
Im 1. und 2. Teil:
Auftreten sämtlicher Liliputanerkünstler
„Im Reiche der Zwerge“.

Im 3. Teil: **Kentier Bolle-Neureich** von Witt-
mann und **Zwangseinquartierung.**
Stimmung und Humor unter Mitwirkung sämtlicher
Künstler und vieles andere mehr.

Nachmittags 3 Uhr:
Schneewittchen und die sieben Zwerge

Märchen-Schauspiel in 5 Akten (7 Bildern).
1. Bild: Der Zauberpiegel. 2. Bild: Schneewittchen im
Walde. 3. Bild: Bei den Zwergen. 4. Bild: Die Krä-
merin. 5. Bild: Die Dillbändlerin. 6. Bild: Der gläserne
Carg. 7. Bild: Schneewittchens Gefängnis.

Preise der Plätze (Vorverkauf in der Buchdruckerei):
Für nachmittags: Spererik 1,00 M., 1. Platz 80 Pf.,
2. Platz 50 Pf. Zuschlag für Erwachsene 50 Pf.
Für abends: Spererik 1,50 M., 1. Platz 1,20 M.,
2. Platz 80 Pf.

Waisen und Kinder nicht zahlungsfähiger Eltern haben
mit schriftlicher Empfehlung der Herren Lehrer oder der
Ortsbehörde am Nachmittags freien Zutritt.
Abends haben schulpflichtige Kinder keinen Zutritt.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Vorzug auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufwärts bis 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Anzeigenenteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umhängezettel, Schwerezeit und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezirk.

Nr. 101.

Dienstag, den 23. November 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus ganz Mitteleuropa werden schwere Stürme gemeldet, die vielfach beträchtlichen Schaden anrichten.
- * Im Landestag des Saargebietes haben Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Saarländische Volkspartei eine gemeinsame Erklärung ab zur Verbeistimmung einer baldigen Rückgabe des Saargebietes an Frankreich.
- * Auf dem Blauer See bei Branenburg selten ein mit acht Personen besetztes Boot um. Von den ins Wasser gestürzten Seuten ertranken fünf.
- * Ein Ausbruch der Milderpest ist in Albanien ausgetreten, der ansehnlich größeren Umfang annimmt.

Außenpolitik im Reichstag.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.
Der Reichstag tritt nach einwöchiger Pause wieder zusammen, um sich vor allem mit der Lage der auswärtigen Politik zu befassen. Vor diesen Debatten, die Reichsausschmittler Dr. Stresemann durch ein längeres Referat einleitet, wird auch die Frage der Militärkontrollen, die in der letzten Zeit die politische Öffentlichkeit aller Länder außerordentlich interessiert hat, eine herausragende Rolle spielen. Als Auftakt zu diesen außerordentlichen Beratungen des Reichstages kann eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gelten, die am Montag abend im Reichstag stattfand. Ein Teil dieser Ausschussberatungen war der Frage der Bezeichnung des Reiches und Preußens zu dem in Berlin erscheinenden Blatt Deutsche Allgemeine Zeitung gewidmet, die bekanntlich bis zu ihrem Anlauf durch Stinnes häufig als Sprachrohr der deutschen Regierung benutzt wurde. Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist dann nach dem Zusammenbruch des Stinneskongresses ein Fortorium verkauft worden, während die Direktion des Blattes von Preußen erworben worden ist. In der Öffentlichkeit sind nun in letzter Zeit Nachrichten darüber aufgetaucht, daß die Deutschen Allgemeine Zeitung aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden sein soll. Die Beziehungen der D.A.Z. zu Reich und Preußen sind aber vorläufig in Dunkel gehüllt, daß ein Ansehen der Sache nun zunächst kein klares Bild machen kann, so doch die Erklärungen des Reichsausschmittlers Dr. Stresemann zu dieser immerhin bemerkenswerten politischen Angelegenheit klärend wirken können.

Die Reichsregierung im Besitz der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Vor der Auswärtigen Ausschuss des Reichstages in der Tagesordnung eintrat, gab Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgende Erklärung ab:
In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über die Beziehungen der Reichsregierung zur Deutschen Allgemeinen Zeitung verbreitet worden, die in ihrem Eingetragenen nicht richtig sind. Ein Eingewandenes mit dem Reichsanwalt stellt sich darüber folgendes fest: Von dem genannten Verlagsunternehmen der Deutschen Allgemeinen Zeitung, das seinerzeit von der deutschen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April d. J. die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Minderheit der Anteile nicht im Privatbesitz sind. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus dem Dispositionsfonds des Reichsaussenministers und des Reichsaussenministers, die eintausendjährig zur Verfügung des Reichsaussenministers und des Außenministers stehen. Zwischen dem früheren und dem jetzigen Besitzer sind Verhandlungen über die allgemeine Satzung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen.

Wege zum sozialen Volksstaat.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.
Der Gewerkschaftsrat der Christlichen Gewerkschaften hatte den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu einem Vortrag über „Wege zum sozialen Volksstaat“ eingeladen. Der Minister ging in seinem Referat zunächst auf die Entwicklung des christlichen Gewerkschaftswesens in den letzten Jahrzehnten und auf die Entwicklung des sozialen Gedankens in der Nachkriegszeit ausführlich ein. Der Gedanke der sozialen Arbeit ist heute nicht nur ein Recht der Persönlichkeit des Arbeiters. Dieses Recht verlangt die Mitwirkung der Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsbedingungen und bei der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung. Die Gewerkschaften seien heute das Fundament der gesamten sozialen Arbeit. Ein wichtiger Fortschritt auf dem sozialen Gebiet sei der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes, der jetzt dem Sozialausschuß des Reichstages vorliegt.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte weiter aus, daß eine Erscheinung wie der große englische Beraar-

betterkeit, an dem die englische Wirtschaft während eines halben Jahres allmählich verblutete, in Deutschland nicht möglich gewesen sei. Dennoch habe es auch bei uns nicht an bedauerlichen Folgen der Wirtschaftskrise gefehlt. Im Jahre 1925 seien 54 Millionen verlorene Arbeitsstage, 1924 waren 29 Millionen und 1925 immer noch 16 Millionen zu verzeichnen gewesen. Man habe es der Reichsregierung erst zum Vorwurf gemacht, daß sie ungeheure Mittel zur baldigen Wiederherstellung der verlorenen Handelsflotte beigesteuert habe. Aber die letzten Jahre hätten gezeigt, daß die Handelsflotte unbedingt notwendig sei, um dem Handel den Weg ins Ausland wieder zu bahnen. Wenn man die Fortschritte in der sozialen Fürsorge nach dem Kriege objektiv mit denen der Vorkriegszeit vergleiche, müsse man anerkennen, daß niemals mehr für die Einigung des Volkes und für die Sicherung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerlichen getan worden sei, als in den letzten drei Jahren. Das Arbeitergeschick werde schon in den nächsten Wochen im Plenum des Reichstages verhandelt werden. Für die Erwerbslosenfürsorge würden monatlich 60 Millionen ausgeteilt.

Ministerzusammenkunft in Genf.

Kompromiß in der Entwaffnungsfrage?
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, es werde jetzt in diplomatischen Kreisen allgemein zugegeben, daß die internationalen Kontrollkommission am 6. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Völkervertrates, aus Deutschland noch nicht zurückgezogen sein wird. Unter anderem, weil Berlin sich dahin die von Frankreich in der Entwaffnungsfrage gestellten detaillierten Forderungen gar nicht erfüllt haben könnte. Doch verhalte sich Dr. Stresemann am 5. Dezember in Genf mit Chamberlain und Briand zusammenzutreffen werde. Was die voraussichtlich schwierigen und langwierigen Verhandlungen über die Aufgaben der neu zu schaffenden Kontrollkommission betreffe, so werde in britischen Kreisen erklärt, daß die britische Regierung niemals die Erklärung angenommen habe, daß die diplomatischen Kontrollorgane in der entmilitarisierten Rheinlandschaft gelegentlicher Untersuchungen eingeklinkt werden könnten. Die britische und die schwedische Delegation entschieden gegen einen solchen Gedanken, der bestehe kein Anlaß, anzunehmen, daß Holla folger Schmeicheln eine andere Haltung einnehmen würde.
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meint, daß die britische Diplomatie bemüht sei, die Entwaffnungsfrage als Vorklärungsfrage über die rechtliche Deutung des Völkervertrates aufzufassen. Frankreich wolle zu überreden, in dieser Richtung nicht rückwärts zu sehen. Die Diplomaten seien geneigt, zu antworten, daß man bestenfalls, was es für seine Ehre Frankreich habe einen Plan entworfen, der Unterschied zwischen dem Rheinland und Deutschland zu machen und dem Rheinland ein besonderes Überwachungsregime aufzuerlegen laße sei gegen diesen Vorschlag, weil eine solche Regelung des Versailler Vertrags bedeute jedoch die Hoffnung, daß Chamberlain prompt vorschlagen werde, daß die französischen Forderungen bezüglich und Deutschland Verhandlungen lassen werde. Wahrscheinlich wird die Dezembertagung des Völkervertrates nicht werden, als ein Gedankenanstausatzfrage.

Die sozialistische Rheinlandkonferenz faßte eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Die Forderung der dauernden deutsch-französischen Freundschaft ist die Voraussetzung für die Festigung des Friedens unerlässlich. Sie ist notwendig, da das Ende der militärischen Wessung deutschen Bodens ein“

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Saargebiet, Deutschland und Frankreich.
Zu Beginn der vierten Sitzungsperiode des Landestages von Saarbrücken gab im Namen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Deutschen Saarländischen Volkspartei Abgeordneter Leveder (Zentrum) folgende Erklärung ab: Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deut-

chen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befriedigung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängen, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endgültig beseitigt werden; einer der wesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landestag als die gewählte Vertretung des Saargebietes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.

Parteilagerung der kommunistischen Opposition.
In Göttingen hat die erste Reichskonferenz des „Spartakusbundes“ stattgefunden, in dem sich aus der kommunistischen Partei Deutschlands ausgegliederten Kommunisten mit der Allgemeinen Arbeiterunion zusammengeschlossen haben. Nach den Referaten des Reichstagsabgeordneten Jwan Kach und Franz Wemersch wurde eine Entschuldigungsangemessenheit, in der die bestehenden alten zentralistischen Arbeiterorganisationen als untauglich für den proletarischen Klassenkampf bezeichnet wurden. In der Debatte wurde die A. P. D. als eine russische Fremdenlegion bezeichnet.
Internationaler Zusammenbruch der Landwirtschaft.

Die unter französischem Vorsitz stehende Internationale Landwirtschaftliche Kommission hat sich mit dem Programm des 13. Internationalen Kongresses der Landwirtschaft beschäftigt, der Anfang Mai 1927 in Rom zusammenzutreten soll. Wie die Landwirtschaftliche Wochenzeitung mitteilt, ist über die Beteiligung Deutschlands an den Arbeiten des Kongresses und der Konferenz noch keine Entscheidung getroffen. Zeit langem bemühen sich zwar eine Reihe von ausländischen Stellen darum, die Mitwirkung Deutschlands als des wichtigsten Agrarlandes des Kontinents zu sichern, aber bis zum Ausgleich ist die Frage noch völlig in der Schwebe. Es hängt auch von der Erfüllung einiger grundsätzlicher Voraussetzungen ab, ob Deutschland überhaupt teilnehmen wird und in welcher Art die Beteiligung sich durchführen läßt.

Der gegen überbrachten Ministerium hat in einem Rundschreiben erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, wegen der großen Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft einmal für die mit dem Zentrum der Reichsregierung zu klären, für Regierung und alle von Arbeitern durch öffentliche Arbeiten durchgeführten Maßnahmen, die die Landwirtschaft allgemein die Gewerbe- und Bergbauwesen, bei der Verwirklichung von ihnen mit äußerster Vorsicht vorzugewärtig ungünstige Lage des Landwirtschaftlichen.

Die „Breme“ aus Estland ist einmal in der Reichsregierung zu klären, für Regierung und alle von Arbeitern durch öffentlichen Arbeiten durchgeführten Maßnahmen, die die Landwirtschaft allgemein die Gewerbe- und Bergbauwesen, bei der Verwirklichung von ihnen mit äußerster Vorsicht vorzugewärtig ungünstige Lage des Landwirtschaftlichen.

Die „Breme“ aus Estland ist einmal in der Reichsregierung zu klären, für Regierung und alle von Arbeitern durch öffentlichen Arbeiten durchgeführten Maßnahmen, die die Landwirtschaft allgemein die Gewerbe- und Bergbauwesen, bei der Verwirklichung von ihnen mit äußerster Vorsicht vorzugewärtig ungünstige Lage des Landwirtschaftlichen.

Die „Breme“ aus Estland ist einmal in der Reichsregierung zu klären, für Regierung und alle von Arbeitern durch öffentlichen Arbeiten durchgeführten Maßnahmen, die die Landwirtschaft allgemein die Gewerbe- und Bergbauwesen, bei der Verwirklichung von ihnen mit äußerster Vorsicht vorzugewärtig ungünstige Lage des Landwirtschaftlichen.

